

Corona-Nachhilfeprogramm

Lernlücken zu überbrücken ist laut Experte Herkulesaufgabe

Alle Beteiligten profitieren nach Meinung von Kultusministerin Theresa Schopper und Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (beide Grüne) vom Corona-Nachhilfeprogramm: Kinder und Jugendliche, Eltern, Lehrkräfte und Studierende, die als freiwillige Helfer in die Schulen zurückkehren.

Von **Brigitte Johanna Henkel-Waidhofer**

STUTTGART. Das Interesse am Corona-Nachhilfeprogramm ist groß: 500 Stellen waren ausgeschrieben, 550 können ab sofort auf Schulen verteilt werden, eine entsprechende Plattform ist geschaltet. Die neue Kultusministerin Theresa Schopper erwartet, dass „mit sanftem Druck die Richtigen gefunden werden“: jene Schüler und Schülerinnen also, die besonders viele Lücken schließen müssen oder wie das Modellprojekt – Bridge the Gap – die Lücken überbrücken wollen.

„Das Aufholen nach Corona wird die Herkulesaufgabe der nächsten Schuljahre“, sagt auch der Rastatter CDU-Abgeordnete Alexander Becker. Er leitet den bildungspolitischen Arbeitskreis seiner Fraktion. Daher ist es in den Augen der Verantwortlichen erfreulich, dass es bereits jetzt eine Warteliste mit fast 400 Studierenden gibt, die dann ab Herbst zum Einsatz kommen sollen.

Unterstützung für Lehrkräfte, nicht eigenständiger Unterricht

Die Angebote im kommenden Schuljahr werden auf den Erfahrungen mit der Nachhilfe bis zur Sommerpause aufbauen. Eigenständiger Unterricht ist ausgeschlossen, Lehrkräfte sollen im Klassenverband, in der Gruppe, aber auch in Einzelnachhilfe unterstützt werden. Vorerst gibt es 15 Euro pro Stunde, für das Wintersemester werden Modelle der Anrechnung auf das Studium entwickelt.

„Das wird kein Ersatz des Praxissemesters sein“, so Wissenschaftsministerin Theresia Bauer auf der



Studierende sollen im Programm „Lernbrücken“ helfen, coronabedingte Lücken im Wissen von Kindern und Jugendlichen durch Zusatzunterricht zu schließen. FOTO: DPA/SEBASTIAN GOLLNOW

Modellprojekt von vielen Hochschulen getragen

Beteiligt am Modellprojekt sind die Schools of Education der Universität Freiburg/Pädagogische Hochschule Freiburg, der Uni Heidelberg/Pädagogische Hochschule Heidelberg, der Uni Stuttgart/Pädagogische Hochschule Ludwigsburg, die Universitäten Konstanz und Tübingen

sowie drei weitere Pädagogische Hochschulen in Karlsruhe, Schwäbisch Gmünd und Weingarten. Eine Viertelmillion Euro stellt das Wissenschaftsministerium den Hochschulen für die Begleitung, Auswertung und Evaluation des Projekts bereit.

ersten Regierungspressekonferenz nach Ende der Pfingstferien, aber es werde nach tragfähigen Lösungen gesucht.

Entschieden ist bereits, dass die prinzipielle und standardisierte Lernstanderhebung erst im Herbst stattfinden wird. Derzeit werden Tests geschrieben. Auch auf deren Basis werden die Schulen in die Lernbrücken starten, die schon im ersten Corona-Sommer zum Abschluss der Ferien stattgefunden haben – unter Beteiligung von 61.500 Schülern und Schülerinnen. 2021 könnten es deutlich mehr sein.

Dazu wird es, wie schon seit 2010, also seit mehr als einem Jahrzehnt, üblich, Sommerschulen geben. Die-

se gehen auf die damalige Kultusministerin Marion Schick (CDU) zurück. Aus den ursprünglich fünf Standorten Münsingen, Mannheim, Freiburg, Ludwigsburg und Ravensburg sind im ersten Corona-Sommer 2020 mehr als 50 geworden. Diesmal werden die Schulen der besonderen Art an mehr als 80 Standorten ihre Pforten öffnen: für voraussichtlich mehr als 2500 Schülerinnen und Schüler.

Für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sind die Brücken ein „erster wichtiger Schritt in einem notwendigen Gesamtprogramm für die Unterstützung der Kitas und Schulen“. Die GEW hat schon in der Amtszeit von Schop-

pers Vorgängerin Susanne Eisenmann (CDU) für den Einsatz Studierender zur Unterstützung der Lehrkräfte geworben – erfolglos.

„Es ist gut, dass die neue Landesregierung jetzt schnell reagiert“, so die GEW-Landesvorsitzende Monika Stein. Zugleich erinnert sie aber daran, dass „500 Lehramtsstudierende bei 4500 Schulen in Baden-Württemberg keine Wunder bewirken können“. Es müsse nachgelegt werden, „um alle Schulen bedienen zu können, und da Kinder und Jugendliche unverhältnismäßig stark unter den Einschränkungen durch Corona gelitten haben und noch leiden, darf die Schuldenbremse hier kein Bremsklotz sein“.

SPD hält Modellprojekt für völlig unzureichend

Es brauche weitere pädagogische Fachkräfte, Schulsozialarbeiterinnen und Schulpsychologen, „denn es gibt nicht nur Lernrückstände oder Lernlücken, sondern es gilt viele sozial-emotionale Herausforderungen zu lösen“, so Stein. Die SPD hält wenig vom Modellprojekt, weil

das nur „ein Nasenwasser“ sei, das „der Dimension des Problems an unseren Schulen“ nicht gerecht werde, so der SPD-Schulexperte Stefan Fulst-Blei. Mit „Bridge the Gap“ werde von den beiden grünen Ministerinnen Schnelligkeit vorgegaukelt.

Tatsächlich dauere die Pandemie auch an den Schulen schon ein- und einhalb Jahre an: „Die Zeit für Pilotprojekte sollte eigentlich vorbei sein, die Landesregierung muss die Schlagzahl erhöhen.“

Der Bund engagiert sich ohnehin. Die Große Koalition will republikweit zwei Milliarden Euro in die Aufarbeitung der Corona-Folgen im schulischen Bereich stecken, von der Kompensation von Lernrückständen bis zu zusätzlicher Schulsozialarbeit.

In Baden-Württemberg trägt dieses Förderangebot den Titel „Rückenwind“, erste Planungen laufen, Eckpunkte sehen Module vor, die im Herbst ebenfalls in den Unterricht integriert oder zusätzlich angeboten werden könnten. Auch dabei könnten Lehramtsstudierende oder andere zusätzliche Kräfte als Mentoren eingesetzt werden.